

Paibacher Zeitung.

Nr. 59.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 13. März

Insertionsgebühr bis 10 Seiten 1 mal 60 kr.
fl. 60 kr., am. fl. 30; sonst pr. Seite im. fl. 60 kr., fl. 30 kr.
fl. 12 kr. u. s. w. Insertionskempel jedem 20 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 28. Februar 1874
betreffend die Einführung von Wiederholungs- (Fortbildungsschulen) in Krain.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde Ich anzuordnen, wie folgt:

S 1.
Ueberall, wo Volksschulen bestehen und die Schulpflicht bis zum vollendeten 12. Lebensjahr dauert (§ 17 des Landesgesetzes vom 29. April 1873, 2. G. Bl. St. VIII Nr. 21) sind Wiederholungsschulen einzuführen, welche in der Regel vom Anfang des Schuljahres bis Ende März regelmäßig zu halten sind.

S 2.
Die Wiederholungsschule hat den Zweck, den in der Volksschule genossenen Unterricht zu wiederholen, zu ergänzen und zu erweitern. Der Unterricht in derselben hat sich daher auf all: Gegenstände, den Religionsunterricht nicht ausgeschlossen, welche in der Volksschule gelehrt werden, zu erstrecken.

S 3.
Die Erteilung des Unterrichtes an den Wiederholungsschulen liegt dem an der Volksschule angestellten Lehrer ob. Bestinden sich an einer Volksschule mehrere Lehrer, so bestimmt die Bezirksschulbehörde über Anhören der Ortschulbehörde jene, welche diese Aufgabe zu übernehmen haben. Wenn ein solcher Lehrer infolge der Verwendung an der Wiederholungsschule mehr als 30 wöchentliche Unterrichtsstunden zu ertheilen hat, wird die Mehrleistung besonders vergütet.

S 4.
Zum Besuch der Wiederholungsschule sind in der Regel alle Knaben und alle Mädchen nach Entlassung aus der Tagesschule (Volksschule) bis zum vollendeten 14. Lebensjahr verpflichtet.
Hinsichtlich der Befreiung vom Wiederholungsunterricht finden die für die Volksschulen (§§ 19, 20 des Landesgesetzes vom 29. April 1873) geltende Bestimmungen analoge Anwendung.

S 5.
Ueber die Aufnahme in die Wiederholungsschulen, die Entlassung aus denselben und die Disziplin gelten die für die öffentlichen Volksschulen vorgezeichneten Normen.

Für den Besuch der Wiederholungsschulen wird kein Schulgeld entrichtet.

S 6.
Der Wiederholungsunterricht wird wöchentlich dreimal, und zwar zweimal für Knaben und einmal für Mädchen abgesondert, jedesmal durch wenigstens zwei Stunden, den Religionsunterricht nicht eingerechnet, abgehalten.

Die Unterrichtstage und die Stundenzzeit werden von der Bezirksschulbehörde über Anhören der Ortschulbehörde bestimmt.

S 7.
Bezüglich der Klassenabteilungen, der Lehrpläne und der Prüfungen haben die Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung in Anwendung zu kommen.

S 8.
Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird Mein Minister für Kultus und Unterricht beauftragt.

Franz Joseph m. p.
Stremayr m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Die Landesregierung hat dem Fleischerknecht Johann Komann anlässlich der von demselben am 7. Februar l. J. mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung des blinden Bettlers Peter Urekar vom Tode des Erkrankens in dem Laibachflusse die Lebensrettungstaglia verliehen.

Journalstimmen über die Ministerreden.
Die wienischen Journale füllten ihre Spalten an leitender Stelle fast ausschließlich mit Beiträgen über die Vorgänge in der am 9. d. stattgefundenen Sitzung im österreichischen Abgeordnetenhaus und mit der Ausbildung des donnernden Jubels, welcher der Rede des Kultus- und Unterrichtsministers Dr. v. Stremayr und jener des Ministerpräsidenten Fürsten Adolf Auersperg folgte.

Wir wollen einige dieser Journalstimmen vernehmen:

"Fremdenblatt": "Der 9. März wird unter den verschiedenen Gedenktagen des Ministeriums Auersperg stets einen hervorragenden Platz einnehmen. Zwar bezeichnet der 9. März noch nicht den Tag, an dem das wichtigste der confessionellen Gesetze bis zu seinem Schluspunkt durchberaten und in Übereinstimmung mit den leitenden Grundsätzen der Regierungsvorlage von dem Abgeordnetenhaus angenommen wurde; allein am 9. März ist das Endresultat der kirchenpolitischen Debatte durch das glückliche und ebenso geschickte als energische Eingreifen der Regierung bereits außer Frage gestellt worden. Das Hauptinteresse wendete sich auch während der parlamentarischen Verhandlung dieses Tages ausschließlich den Ministerreden zu. Der Kultusminister und der Präsident des Cabinets nahmen am Schlusse der Generaldebatte das Wort. Nun hat man zwar bei der hohen Wichtigkeit des Berathungsgegenstandes das Eintreten der Minister erwartet, aber was man nicht erwartet hat, das war der Ton der Entscheidigkeit, welcher gegen die Gegner der confessionellen Gesetze und unseres Verfassungsbildes überhaupt von der Ministerbank bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Gleich doch derfürstliche Ministerpräsident einem Turnierhelden, der mit eingelegter Lanze in die Schranken reitet, um alle, die ihm den Kampfpreis streitig machen, schonungslos aus dem Sattel zu heben."

"Presse": "Die Generaldebatte über die confessionellen Gesetze erhielt durch die Rede des Herrn Ministerpräsidenten einen über alles Erwarten effectvollen Abschluss. Dass sich die überwiegende Mehrheit des Hauses für die prinzipielle Annahme der Vorlage, für das Eingehen in die Specialdebatte aussprechen werde, stand schon beim Beginne der Verhandlungen am letzten Donnerstag fest und es machten sich auch hierüber die klericalen Worführer, wie Professor Greuter ausdrücklich eingestanden, keinerlei Illusionen; dass sich aber mehr als drei Viertel der Stimmen, darunter sogar die von Abgeordneten, welche sich als Redner gegen das Gesetz hatten einzeichnen lassen, für die Vorlage ausgesprochen, war ein Erfolg so glänzend, wie man ihn kaum erwarten durfte. Diese Thatache ist um so bedeutungsvoller, als durch die Reden der Minister und namentlich durch die ganz rückhaltlosen, im Tone der wärmsten Herzensüberzeugung und eines klarbewuschten, entschlossenen Willens abgegebenen Erklärungen des Fürsten Auersperg die Solidarität zwischen der Regierung und der Majorität in so drastischer Weise constatiert wurde. Das Ministerium fühlt sich jetzt, gerade in der wichtigsten der Fragen, welche während der gegenwärtigen Session auf der Tagesordnung stehen, auf eine Mehrheit, wie früher kein Cabinet, und es würde, wenn der letzte der Declaranten ebenfalls in das Haus eingerückt wäre und wenn die Jungzeichen unter denselben Bedenken trügen, den Junglorenen sich anzuschließen, in Verfassungs- und Freiheitsfragen noch immer über eine Zweidrittelmajorität verfügen.

Unter lautloser Stille ergriff Minister v. Stremayr das Wort. Seine Rede ist interessant als Ergänzung des Motivenberichtes und war in vielen Partien wirkungsvoll durch den Nachdruck, mit dem er die Notwendigkeit betonte, die Grundsätze und den Inhalt der kirchenpolitischen Sitzungen der josephinischen Periode in einer dem modernen Rechtsstaate entsprechenden Weise in Österreich wieder zur Geltung zu bringen. Einen ganz außergewöhnlichen, durchschlagenden Effect erzielte der letzte der Redner, der Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg mit seiner kurzen Ansprache. Jeder seiner Sätze, die durch die laute, bis in die letzten Winkel des Hauses deutlich vernehmbare Vortragweise einen besonderen Nachdruck erhielten, war ein empfindlicher Schlag für die Gegner. Der Gesamteinfluss seiner Erklärung aber überzeugte die Hörer, dass es dem Ministerpräsidenten bitterer Ernst ist, wenn er verspricht, der Autorität des Staates und seiner Gesetze die Anerkennung nötigenfalls auch erzwingen zu wollen, falls die Ultramontanen mit dem angedrohten Widerstande Ernst machen sollten. Schon während der Rede des Ministerpräsidenten und am Schlusse derselben brach im Hause ein Beifallssturm los, wie er bisher in diesen Räumen, in denen dramatisch bewegte Szenen sich so selten abspielen, noch nicht erlebt worden."

"Neues Fremdenblatt": "Nicht das Ministerium, nicht die Verfassungspartei, nicht die Verfassung, nur die staatsrechtliche Opposition geht geschwächt aus dem Ringen hervor. Von diesem Bewußtsein waren die beiden Ministerreden geschwollt. Dr. v. Stremayr

trat mit einer Entschiedenheit auf, welche die Ultramontanen einschüchterte und die Liberalen zu stürmischem Beifalle fortriß. Es war der politische Boden, auf dessen Berührung der Kultusminister die Kraft seiner Rede schöppte. Wo es die Heilighaltung der Staatsgrundlagen, die Respectierung der Gesetze gilt, da steht auch Dr. v. Stremayr seinem Mann. Die Verdächtigung, als sei mit den confessionellen Gesetzen ein Eingriff in das Heilthum des Gewissens beabsichtigt, wies er kurz zurück. Dann aber erklärte er, dass keine Regierung gestatten könne, dass die Religion missbraucht werde zu staatsgefährlichen Untrüben und die Geistlichen aus Dienern Gottes zu Mandatären der staatsrechtlichen Opposition werden. Noch weit gewaltiger wütete der Ministerpräsident die Gemüther zu packen und die Hörer zu einem vor dem Schottenthore vielleicht niemals erlebten Beifallssturm fortzureißen. Die einfachen Worte des Fürsten Adolf Auersperg waren von geradezu unüberstieblicher Wirkung. Die Wahrheit ist niemals ergreifender, als wenn sie schlicht ist. Glücklich war der Hinweis auf Minister Lassers ungewöhnliche Kenntnis der österreichischen Zustände und auf das treue österreichische Herz des Ministers des Innern."

"Tagespresse": "Die beiden wichtigsten Einwürfe der Opposition waren die Verurteilung des Grafen Hohenwart auf den Art. 15 des Staatsgrundgesetzes und die des Monsignore Greuter auf die „gebundene Marschrouten“. Viele der liberalen Redner sahen der Bewältigung dieser beiden Argumente sehr nahe. Aber sie erreichten sie nicht vollends. Diese Mission blieb den beiden Ministern, die heute das Wort ergriffen, vorbehalten. Der Kultusminister kämpfte den ersten Einwurf, der Ministerpräsident den zweiten so schlagend nieder, dass wohl schwerlich noch irgend jemand denselben eine Begründung einräumen wird. Auch des beredten Sprechers aus Tirol, des Monsignore Greuter Klage, dass wir in unserer Legislation nur slavische Nachtreter Preußen sind, dass Österreich nur deshalb an eine Umgestaltung der confessionellen Gesetzgebung schreite, weil es Deutschland wünscht und weil Deutschland auch die Bekämpfung des Ultramontanismus in Österreich begeht, entkräftete der Kultusminister. Herr v. Stremayr hat dies auch mit dem Hinweis auf den Inhalt der Gesetze und noch mehr auf die Thatsache, dass der Anstoß zu denselben schon durch das kaiserliche Handschreiben vom 30. Juli 1870 erging. Mit einer Energie, die in dem parlamentarischen Leben Österreichs ganz neu ist, wies darauf Fürst Auersperg die Verdächtigung von einer Abhängigkeit unserer Gesetzgebung von außen zurück — und er verdient für diese entschiedene Offenheit den aufrichtigen Dank aller jener, denen Österreich thuer ist, aller, denen das Herz bei der Nennung des Vaterlandes höher schlägt, aller, die sich für die Ehre und die Würde des Reiches begeistern. Er erklärte, dass die einzige Marschrouten des Cabinets die des gesunden Menschenverstandes ist — dass Österreich stark im Innern und in voller Unabhängigkeit nach außen dasteht, dass unser Reich nie so weit herunterkommen kann, eine Unterbehörde zu werden. Der donnernde Jubel, welcher diese Worte im Parlamente begrüßte, wird bald das ganze Reich erfasst haben."

"Constitutional Zeitung": "Es ist unserer Ansicht nach vollkommen richtig, wenn der Ministerpräsident die Verfassung als die Devise bezeichnet, die das gegenwärtige Cabinet auf seine Fahne schreibt; es ist vollständig correct, wenn dieses Cabinet durch den Mund seines Vorsitzenden als den Zweck der confessionellen Gesetzvorlagen die Sicherung und Festigung der Autorität des Staates proclamiert, und es ist ohne Zweifel der richtige Standpunkt der verfassungstreuen Regierung, wenn sie den in den letzten Tagen so offene und so schroff ausgesprochenen Drohungen der Partei ein für alle mal die energische Erklärung gegenüberstellt, die Regierung werde, je sorgamer sie bisher den Kampf zu vermeiden gesucht, umso entschiedener diesen Kampf, sobald er ihr geboten wird, aufzunehmen."

"Morgenpost": "Wir müssen uns einverstanden erklären mit der Interpretation, die der Fürst dem bekannten Ausspruch des Grafen Andraß von der „gebundenen Marschrouten“ gegeben hat. Es geschah überhaupt gestern zum ersten male, dass ein cisalpinischer Ministerpräsident einen „gemeinsamen“ Minister vor dem Forum des Parlamentes vertheidigte. Und ohne Zweifel wird Graf Andraß dem Fürsten ebenso die Hand drücken, wie es Baron Lasser, nachdem der Fürst zu Ende gesprochen, gethan hat. Fürst Auersperg hat sich durch seine gesetzige Rede zum Mann der Situation emporgeschwungen. Seine mit gehobener Stimme abgege-

bene Erklärung, daß, so lange er an der Spitze der Regierung stehe, die confessionellen Gesetze mit aller Entschiedenheit zur Ausführung gelangen werden, wird den freudigsten Nachhall in den Herzen von Millionen staats-treuer Bürger finden."

"Neues Wiener Tagblatt": "Es war ein parlamentarischer Schlacht- und Siegestag, wie ihrer nur wenige in dieser Versammlung gezählt worden sind, und wir alle, die wir der liberalen Partei angehören, können uns des glänzenden Erfolges innig freuen, und indem wir das Ministerium, seinen Präsidenten voran, beglückwünschen, beglückwünschen wir zugleich das Volk, den Staat, deren Interessen so ernst, so nachdrücklich, so fest und so entschieden gewahrt worden sind. An dem großen Erfolge nimmt auch der Kultus- und Unterrichtsminister den verdientesten Anteil. Hell blinkt die Streit-axe derer von Auersperg und auch der Degen Stremahrs ist von Vorbeer umkränzt."

"Deutsche Zeitung": "Das schneidige Auf-treten des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg war, was uns noththut, gesunde Natur, Kraft, Energie."

"Neues Wiener Blatt": "Die kernige Rede des Ministerpräsidenten klang mit so ehemaligem Nachdruck hinaus, daß jeder, der den Sprecher unbewegt, stramm und trozig den Gegnern Rede stehen sah, unwillkürlich den Eindruck gewann: der das spricht, das ist ein Mann im vollen Sinne des Wortes, ein Mann, dessen Wort nimmer als Phrase hinausslingt und bei dem hinter jedem Worte die bereite That steht."

Reichsrath.

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 9. März.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. Bahans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Chlumecky, Freih. v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Biemakowski.

Das Herrenhaus übersendet den beschlossenen Gesetzentwurf über die Anlegung von Eisenbahn-Grundbüchern.

Se. Exc. der Herr Minister des Innern überreicht eine Regierungsvorlage betreffend die Theilung des Landbezirkes Prachatitz in Böhmen in zwei Reichsraths-Wahlbezirke.

Die Staatschulden-Controlscommission hat sich constituiert und zum Präsidenten Abg. Dr. Heinrich v. Berger, zu dessen Stellvertreter Dr. Ignaz Kaiser gewählt.

Einige Petitionen sind eingelaufen.

Fortsetzung der Debatte über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

Der Präsident gibt bekannt, daß die Redner gegen den Ausschusstantrag den Abg. Giovannelli, die Redner für den Ausschusstantrag Abg. Dr. Kopp zu Generalrednern gewählt haben.

Ferner sei ihm von Abg. Dr. Smolka der Antrag überreicht worden, das Haus wolle beschließen, „es sei der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, an den confessionellen Ausschuß mit der Weisung zurückzuleiten,

derselbe habe ein anderes vom Geiste der Freiheit getragenes und die Verhältnisse aller Konfessionen rezipientes Elaborat vorzulegen.“ Da jedoch dieser Antrag nach Schluß der Generaldebatte überreicht wurde, sei der Präsident nicht in der Lage, denselben zur Abstimmung zu bringen. Smolka macht Einwendungen. Über Befragen des Hauses wird sein Antrag abgelehnt.

Abg. Giovalli ergreift das Wort: Es sei eine schwierige Aufgabe die verschiedenen politischen und religiösen Anschauungen seiner Mandatare zu vereinigen, weshalb er sich ganz allgemein halten werde. Redner hält eine Rundschau über die im Laufe der Verhandlung vorgebrachten Argumente und findet, daß die Standpunkte der Redner von der andern (linken) Seite des Hauses sehr verschiedene seien. Hierauf stellt der Redner die Frage, was die Kirche nach katholischer Anschauung sei? Er beantwortet diese Frage damit, daß die Kirche die von Gott eingesetzte Anstalt des Heiles sei. Die Kirche lehre, daß alle Gewalt, die geistliche wie die weltliche, von Gott komme und deshalb gelte auch der Satz: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Im confessionellen Staate verschwindet der Unterschied zwischen Recht, Macht und Willkür. Der Gegensatz zwischen Willkür und Recht sei so alt wie der Kampf zwischen Gutem und Bösem; deshalb sei die moderne Erfindung des confessionellen Staates nicht neu. Redner wendet sich nun gegen die Ausführungen des Abg. Sues. Wenn es eine Offenbarung gibt, wenn Menschen um Gotteswillen auf Erden sind, wenn es eine von Gott eingesetzte Heilsanstalt gibt, kann die Kirche Anordnungen nicht vom Staat erhalten.

„Sie machen den Atheismus, nicht der Papst. Einen Staat von Atheisten hat es noch nicht gegeben. Ihre Wissenschaft der Gottlosigkeit, mit der Sie grobthun, ist die Wissenschaft der Verzweiflung; sie lehrt, daß der Mensch aus Schlammb entsprang und zu demselben zurückkehrt. Diese Wissenschaft nimmt dem Menschen den freudigen Sinn, nimmt ihm die Hoffnung auf die Zukunft. Der Glaube ist das höchste Gut des Menschen.“ In diesem Geiste führt der Redner fort und kommt auf die Concordate zu sprechen. Er wiederholt Bekanntes und bestreitet die einseitige Lösung. Die Kirche sei kraft göttlichen Auftrages zum Lehramt berufen. Die Ge-hässigkeit, zu der die Regierung gezwungen wurde, tritt uns in der ganzen gegenwärtigen Zeit entgegen. Sie hat sich gesteigert während dieser Berathung. Welche Beleidigungen der Kirche haben wir hören müssen! Wie hat man Geschichte gemacht! Der Redner nimmt Pius IX. in Schutz wegen der Segnung der Waffen gegen Österreich im Jahre 1848. Er schließt: „Länder, in denen die katholische Kirche unterdrückt wird, leiden, die Kirche aber wird ewig bleiben. Wir halten das Concordat vom 18. August 1855 noch immer zu Recht bestehend und die Aufhebung derselben vom 30. Juli 1870 für einen Rechtsbruch. Wir können die Vorlage nicht anerkennen. Wir vertheidigen uns gegen diese Gesetze, und ich und jene, die gleich mir handeln, werden, wenn nach dem Schluß der Generaldebatte in die Specialdebatte eingegangen wird, nicht darauf eingehen.“ (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kopp (als Generalredner für die Vorlage): Die Vorlagen sind ein Symbol des großen Kampfes, der ausgefochten wird seit hunderten von Jahren. Das Gesetz ist der erste Spatenstich, um den Staat zum Herrn seines Gebietes zu machen. Jeder Staatsangehörige, also auch die Kirche, habe den Gesetzen Folge zu leisten; die Staatsgewalt hat die Pflicht, die Verhältnisse der Corporationen nach bestimmten Grenzen

zu regeln, da im Staat eine Macht, die sich außer Gesetz stellen will, nicht geduldet werden darf. Dabei habe die Regierung das Recht, auch die Verhältnisse der Kirche zu ordnen und diesem Rechte entspringe das vorliegende Gesetz. Er geizelt die Gewissensfreiheit, wie sie die Kirche versteht und polemisiert gegen einzelne Redner der Rechten, deren Argumente er in ihrer Nichtigkeit mit Schärfe bekämpft. (Großer Beifall.)

Nach dem Resümé des Berichtstatters sprechen Se. Exc. der Herr Kultusminister Dr. v. Stremayr und Se. Durchl. der Herr Ministerpräsident Adolf Fürst Auersperg. (Beide Reden wurden bereits im geschilderten Blatte mitgetheilt.)

Bei namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage mit 221 Stimmen gegen 71 angenommen.

Zur Action in Ungarn.

Das Abendblatt des „P. Lloyd“ bringt unter 9. d. folgende Mittheilungen:

Se. Majestät traf gestern morgens hier ein und empfing bereits um 9 Uhr den Ministerpräsidenten von Szlavay. Die Audienz währt nahezu zwei Stunden. Der Ministerpräsident lehrte sodann in sein Bureau zurück, wo die sämmtlichen Minister versammelt waren und sofort das Demissionsgesuch an Se. Majestät unterzeichneten. Dieses Schriftstück ist unmittelbar aus der Feder Herrn v. Szlavays geflossen und skizziert mit wenigen Worten in einfacher würdevoller Sprache jene Gründe, welche den Rücktritt des Ministeriums notwendig machen. Das Gesuch wurde auch sofort Seiner Majestät überreicht; bezüglich der Annahme der Dimission hat sich der Monarch jedoch noch nicht erklärt.

Herr v. Szlavay setzt in einem längeren Vortrag auseinander, daß angesichts der Zersplitterung innerhalb der Parteien das gegenwärtige Cabinet sich nicht mitführen könne, die Majorität zu besitzen, daß jedoch auch eine compacte oppositionelle Majorität nicht vorhanden sei, sonach befände sich der gegenwärtige Ministerpräsident außer Stande, dem Könige einen Nachfolger zu empfehlen; er müsse sich lediglich auf eine wahrheitsgetreue Darstellung der Verhältnisse beschränken, die indefeff selbst beim besten Willen möglicherweise doch eine einseitige sein könnte; er bitte daher Se. Majestät, auch die hervorragenden Persönlichkeiten der einzelnen Fraktionen zu vernehmen, um dadurch ein möglichst objektives Bild der Lage zu gewinnen. Gleichzeitig bezeichnete der Ministerpräsident diejenigen Personen, deren Ansichten seinen Erachtens für die Orientierung Sr. Majestät allenfalls von Wichtigkeit sein könnten.

Der König akzeptierte den Vorschlag Herrn v. Szlavays, und werden die diesfälligen Besprechungen heute und morgen stattfinden. Wie wir erfahren, ist für heute 1 Uhr der Präsident des Abgeordnetenhauses Stephan v. Bitto zu Sr. Majestät beschieden, um als eine über den Parteien stehende Persönlichkeit ein allgemeines Bild unserer parlamentarischen und Parteiverhältnisse zu liefern; ebenfalls heute jedoch um 11 Uhr wurde Freiherr v. Sennhey, um 12 Uhr Herr v. Gheym empfangen; für morgen sind die Herren Anton Berger, Koloman Tisza und wie wir hören auch Herr Kerkapoly zum König berufen. Se. Majestät betonte jedoch bei Annahme des vom Ministerpräsidenten gezeichneten Vorschlags ausdrücklich und sprach zugleich den Wunsch aus, die Sache auch in weiteren Kreisen in diesem Sinne dargestellt zu sehen: daß es bei Berufung der genannten Persönlichkeiten keineswegs darum handle, eine

Feuilleton.

Die Schauspieler.

Eine Erzählung von Wilhelm Marsano.
(Fortsetzung.)

V.

Indes diese verschiedenen Ereignisse unter dem Auditorium vorfielen, hatte auch Fritz Mai oben auf der Bühne mancherlei unangenehme Bemerkungen gemacht.

Sämmtliche Individuen, welche diesen Abend in der aufzuführenden Komödie beschäftigt, waren Söhne der Honoratioren, welche alle an der gegebenen Tafel teilgenommen. Nun hatten aber die Väter mit Wohlgefallen auf die lieben Sprossen geblickt, die in ungeheueren Massen die festen und flüssigen lieben Gottesgaben zu sich nahmen und freuten sich im Innern gemütlich, daß doch der, bei der Repartition der Kosten auf sie fallende Theil, durch die liebe Nachkommenschaft mit gehörigen Progenen consumiert werde. Die jungen Schauspieler waren daher fröhlich und guter Dinge, tranken zuletzt auf die Gesundheit und das lange Leben längst vermoderter Menschen und dachten an keine Zukunft, an kein Schauspiel, als an das, was sie eben jetzt zur Ergötzlichkeit der Väter aus dem Stegreife aufführten und liebten sich untereinander mit enormer Freundschaft, wie noch nie.

In diesem seligen Zustande kamen sie in die Garderobe, wo Fritz Mai schon lange mit der Anordnung des Ganzen beschäftigt war.

Swat fiel ihm die Lustigkeit und die Sanftmuth seiner Kollegen etwas auf, doch war er selbst durch seine

Borlehrungen zu zerstreut, als daß er den wunderbaren Zustand seiner Truppe bemerkte hätte. Sehr bekümmert war er durch die beiden Mädchen, welche die vorkommenden Damenrollen spielen sollten. Die eine nemlich war durch eine Erkältung beim Einzuge so heiser geworden, daß sie nicht ein einziges lautes Wort sprechen konnte und ihre Reden also an den Bewegungen der Lippen nur gesehen, aber nicht gehört werden konnten. Die zweite aber hatte noch nie gespielt und war jetzt, wo der entscheidende Augenblick immer näher kam, fast einer Ohnmacht nahe und wollte gar nicht auftreten. Mai mußte seine ganze Überredungskunst ausspielen, um sie zum Spielen zu bewegen. Er wußte nicht, ob er ihre Angst, oder ihren Eigensinn beschwichtigen sollte, denn wahrscheinlich hatte der letztere auch seinen Theil daran, weil die personifizierte Heiserkeit abends in einem weit schöneren und kostbareren Kleide erschien, als die Ohnmächtige.

In der Garderobe erscholl während dessen immer lautes Gelächter, weil sich keiner in die Kostüme der allegorischen Figuren finden konnte, welche bei dem Prolog erscheinen sollten.

Mai trat in die Thüre und schlug die Hände über dem Kopfe zusammen. Saturnus hatte seinen langen Bart wie eine spitzige Nachtmütze aufgesetzt und trank aus der Sanduhr, welche er mit rotem Wein gefüllt, den er von der Tafel als Reserve mitgebracht. Die Rechtigkeit konnte mit ihrem Gemande nicht zurück kommen, fuhr mit den Beinen stets in die Arme und lehrte so das Unterste zu Oberst. Die Weisheit tanzte mitten im Zimmer einen Galopp und verzog sich in ihre Schleppe so, daß sie stolperte, fiel und die Stärke mit sich umwarf, die sich an einen Tisch hielt, der nach-

stürzte und seinen ganzen Inhalt von Puber, Schmidts, Wosser &c. über sie ergoss. In der andern Ecke einzupflügen sich die Geduld mit der Sanftmuth, weil letzterer ersten eine große Tüte mit Zuckerwerk aus der Tasche gemaust.

Endlich war die Ruhe und Ordnung so weit hergestellt, daß nach einer langen Pause angefangen werden konnte.

Mai sprach den Prolog, das Ehepaar vernahm ihn mit vieler Rührung und gnädigem Kopfnicken. Er ging ganz ohne Stirnvorüber, nur wackelte Saturnus in etwas, welches des Stadtscriviers Namen in eine Pyramide schrieb und die Geduld fing an zu schreien, weil sie die Weisheit im Hintergrunde immer ligelte, was sie nicht leiden konnte.

Die Gardine fiel unter großem Jubel des Auditoriums und es sollte das Stück beginnen. Mai wollte sich eben umkleiden, da kam der Stadtbarbier in die Garderobe gestürzt und rang die Hände und gebetele sich kläglich. Er überschüttete Mai mit Borswürfen, denn als Verfasser des Prologes hatte er bemerkt, daß Mai einmal statt jetzt, nun und statt lustig, fröhlich gesagt hatte, was in einem ungereimten Prolog eigentlich wenig zu bedeuten hatte. Der Stadtbarbier Seife behauptete aber durch diese unglückliche Begegnung um alle Lorbeerkrone bei der Nachwelt gebracht worden zu sein.

Das Stück begann endlich. Es hieß: Der Triumph der Liebe, oder: Adelbert und Emma, oder: die seltene Vereinigung, oder: der verhängnisvolle Abend auf dem Schlosse Graenstein, oder: die mitternächtliche Begegnung in der verfallenen Gruft der Ruinen zu Waldstätten.

sche, um vom Consortium Aufklärungen zu verlangen, weder die Pflicht noch die Notwendigkeit, sich dritten gegenüber verantwortlich zu erklären. Indem sie anfragt, wie das von ihr beigebrachte Geld Verwendung gefunden, handelt sie aus eigenem Antriebe, einem natürlichen Impulse folgend.

Der Präsident betont, die Kammer habe dem Ministerium nach dem ersten abschlägigen Bescheide erklärt, es handle sich nicht um Lack, sondern um Lack-Launsdorf.

Herr Osenheimer hebt hervor, die Kammer habe ja nicht erklärt, selbst die Studien besorgen zu wollen, sondern die Absicht zu hegen, einen Zufluss einem Consortium zu gewähren, welches ja dem Ministerium wohlbekannt und von ihm concessioniert war. Uebrigens hofft er, der Herr Präsident werde vor Ablauf des 3. Jahres seiner Amtswirksamkeit die Kammer, die doch schon großjährig, von der Bevormundung in der Versorgung mit dem eigenen Gelde zu befreien wissen.

Herr Teutschl sagt, daß, wenn die Kammer mit dem Gebrauche des Ausdrucks „Verantwortlichkeit“ ihrer Würde etwas zu vergeben glaubt, es die von Herrn Brüll beantragte Substituierung gewiß nicht bekämpfen wollte; doch bleibe es immerhin unzweifelhaft, daß die Verantwortlichkeit besteht, da man dem die Ermächtigung verweigenden Ministerium entgegenhalten habe, es handle sich um Lack-Launsdorf. Nachdem Ubrigens das Geld, über welches die Kammer verfügt, doch ministerieller Concession seinen Ursprung dankt, erscheint es wohl nicht notwendig, ein Wort zu bekämpfen, daß am Ende doch nur einer Thatsache Ausdruck gäbe. Herr Teutschl bringt die Worte in Erinnerung, die Herr Dr. Levi in der Sitzung gebrachte, in welcher es sich um den in Nede stehenden Beitrag handelte, und hebt hervor, es sei damals ausdrücklich behauptet worden, die für die Strecke Triest-Lack notwendigen Spesen seien bereits sichergestellt und gedeckt, und es handle sich nunmehr nur um die Trasse Lack-Launsdorf. Das Ministerium kann von der Kammer eine Rechtfertigung über die Verwendung des Geldes verlangen, nicht aber von dem Consortium.

Herr Millanich ist der Ansicht, der Antrag des Herrn Brüll modifizierte die Strenge des Ausdrucks und sei von der Kammer anzunehmen.

Der Antrag des Herrn Brüll wird hierauf zur Abstimmung gebracht und von der Kammer angenommen, so daß die bekämpfte Erwagung des Referates als in dem von Herrn Brüll vorgeschlagenen Sinne modifiziert anzusehen ist. („Im Hinblicke auf die Stellung der Kammer dem Ministerium gegenüber.“) In allen übrigen Theilen wird das Referat zum Beschlusse erhoben.

— (Veränderungen in der Truppen-dislocation.) Nach der neuesten Ordre de bataille sollen, wie die grazer „Tagespost“ erfährt, das Jäger-Bataillon Nr. 7 von Ziume nach Rudolfswerth, das Jägerbataillon Nr. 19 von Rudolfswerth nach Cilli verlegt werden.

— (Herr Dr. Josef Ribić), Mitarbeiter des „Slovenski Narod“, ist am 5. d. in Marburg gestorben.

— (Schadenfeuer.) Am 8. d. nachmittags brach auf dem Dreschboden des Franz Loger in Steindorf, Bezirk Seisenberg, aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer aus, wodurch das Haus des genannten Besitzers, dessen Dreschboden, Stall, Fruchthofe, Getreidemutter, Getreide- und Futtervorräthe, dann das nachbarliche Haus des Johann Legan samt Stall, Getreide- und Futtervorräthen ein Raub der Flammen wurden. Loger erleidet einen Schaden von 1200 fl., Legan von 660 fl.; beide waren gegen Brandschaden nicht versichert. — Am selben Tage entstand angeblich durch Unvorsichtigkeit im Hause des Jakob Janežić zu Großlupp eine Feuersbrunst, welche das Haus des Janežić und jene des Nachbarn Franz Milič, Andreas Galle und Anton Prinz samt Wirtschaftsgebäuden einbüßte. Der Gesamtschade beträgt nahezu 5000 fl.

— (Theaterbericht vom 12. d.) Frau Kleinschly-Würger trat heute wieder als hochbegabte, hoch-

geschulte Schauspielerin vor uns. Das war eine „Deborah“! Richtige Auffassung, kein zuviel und kein zuwenig, richtiges Maß in den der Liebe und dem Hass gewidmeten Szenen, lebendiger Ausdruck; alle im weiblichen Herzen wohnenden Leidenschaften entfalteten sich im besten Lichte. Frau Kleinschly documentierte neuerlich ihre vorzügliche Beschriftung für das weibliche Heldenfach. Stürmischer Beifall folgte den einzelnen Szenen und unzählige Herrenrufe zeichneten die eminente Darstellung aus. Mosenthals Deborah ging klappend ab; recht lobenswerth spielten auch Fel. Solwey (Hanna), Herr Lackner (Josef) und alle in den hervorragenden Partien beschäftigten Bühnenkräfte.

— (Die „Laibacher Schulzeitung“) Nr. 5 vom 10. d. — enthält: 1. an leitender Stelle einen Artikel: „Die Volksschule eine Staatsanstalt.“ Mit dieser Frage beschäftigt sich nun die Lehrerwelt mehr und mehr. Der Artikel betont den Unterschied der Lehrergehalte in den einzelnen Ländern, der lärmend und schädlich wirkt; er plaidiert für eine gleichmäßige Dotierung. Wir begegnen in diesem Artikel folgenden Resolutionen: „1. Das Reichsvollschulgesetz werde im § 55 dahin ergänzt, daß ein Minimum der Lehrergehalte ausgesprochen werde, unter welches kein Landesgesetz gehen darf. 2. Für jene Länder, welche dies Erfordernis für die Erhaltung der Volksschulen nicht aufzubringen vermögen, trete Unterstiftung vonseiten des Staates ein. 3. Es ist empfehlenswerth, daß in jenen Ländern, wo es noch nicht schon der Fall ist, die Volksschulen Landesanstalten werden, resp. daß in allen Ländern ein Landesschulfond gegründet werde, aus dem die Bezüge des Lehrpersonals der Volks- und Bürgerschulen zu fließen haben.“ 2. Einen Aufsatz über „Wiederholungs- und Fortbildungsschulen in Krain“. In demselben belegt man die bedeutende Verkürzung der Schulpflichtigkeit im Lande Krain und entwickelt die Aufgabe der Lehrer in der Wiederholungsschule; 3. die Fortsetzung des Aufsatzes über das Bienenleben, worin die Bevölkerung eines Bienenstaates, der Bau der Zellen, das Wachs, der Honig und das Bienenbrod eine nähere Befreiung erfahren; 4. eine Rundschau auf die Schulgebiete in Niederösterreich, Oberösterreich, Mähren, Böhmen, Schlesien und Deutschland; 5. Localnachrichten über Veränderungen im Lehrstande, Sitzungen des Landes-Schulrates, Wiederholungsschulen, Staatsschulden, Lehrerinnen-Bildungsanstalt, krainischen Schulpfennig, Spenden, Vereinsversammlungen; 6. Originalcorrespondenzen aus Kärnten; 7. eine Bucherschau; 8. eine Revue über erledigte Lehrstellen in Kärnten, Steiermark und Niederösterreich; 9. verschiedene Mittheilungen.

— (Eine Prachtausgabe von Shakespeare's sämtlichen Werken erscheint jetzt bei Eduard Hallberger in Stuttgart. Dieselbe ins Deutsche übersetzt von Schlegel, Bodenstedt, Delius, Gildenmeister u. a. m., bringt 830 Illustrationen von Sir John Gilbert, dem besten der britischen Shakespeare-Illustratoren, denn seiner Collegen hat den Dichter so verstanden, hat dessen Werke so genial aufgefasst als Sir John Gilbert, dessen Shakespeare-Illustrationen gleich grisch nach der poetischen wie nach der historischen Seite dastehen. Diese Prachtausgabe der besten Shakespeare-Uebersetzung, illustriert von einer Hand, in einem Geiste, ist unfehlbar ein Ereignis, welches die warme Theilnahme aller Geübten in Anspruch nehmen darf und sie auch gewiß finden wird. Die Ausstattung des uns vorliegenden ersten Heftes läßt nichts zu wünschen übrig. Der ganze Shakespeare soll in 48 Lieferungen komplett erscheinen.

Ausweis über den Stand der Blatternepidemie in Laibach vom 10. bis inclusive 12. März 1874.

Bom letzten Ausweise sind in Behandlung verblieben 34, bis heute sind zugewachsen 6, genesen 7, gestorben niemand, in Behandlung verblieben 33. — Seit Beginn der Epidemie wurden an Blattern erkrankt amtlich gemeldet, 371, genesen sind davon 271, gestorben 67.

Im städtischen Nothspitale waren am 10. d. 4 Kranke, 1 zugewachsen, 1 genesen; am 11. und 12. d. M. unverändert 4 Kranke.

Börsebericht. Wien, 11. März. (1 Uhr.) Die Charakteristik der heutigen Börse läßt sich in die wenigen Worte zusammenfassen: Sehr fest, aber sehr wenig Geschäft. Einige wenige Sorten, wie z. B. von Bahnen die Nordbahn und Nordwestbahn, von Banken die Franco-ungarische und Ottomanbank, zeigten Beliebtheit, andere Werthe behaupteten ihre Kurse. Speculationspapiere hatten Avancen von mitunter nicht unbedeutendem Belang, welche sich jedoch nicht vollauf behaupteten, da sie eben nur auf dem Spiel der Couisse beruhten und sofort Realisierungen nach sich zogen.

Monat	Geld	Ware	Geld		Ware	Geld		Ware	Geld		Ware
			10. d.	11. d.		10. d.	11. d.		10. d.	11. d.	
Februar	69.85	69.95	Depositenbank	46.50	47	Rudolfs-Bahn	159	160	Südbahn	109.90	110.10
Februar	69.65	69.75	Gecompteanstalt	865	875	Staatsbahn	322	322.50	Südbahn, Bonn	95.70	95.90
März	74	74.10	Franco-Bank	41	41.50	Südbahn	156.50	157	Südbahn, Bonn	224	225
1839	74	74.10	Gaudelsbank	85.75	86.25	Teplitz-Bahn	216.50	217	Ung. Ostbahn	69.50	70
1854	305	318	Österbkantverein	80	83	Ungarische Nordostbahn	110.50	111.50	Ostbahn	17	17
1860	98	98.50	Nationalbank	971	978	Ungarische Ostbahn	53.75	54.25	Brigittenauer	15	15
1860 zu 100 fl.	103.75	104	Österr. allg. Bank	68.50	69	Tramway-Gesell.	164	167	Staatsbahn	322	322
1864	109.50	110	Österr. Bankgesellschaft	130	130.50	Wiener Baugesell.	170	170.50	Wien	14.25	14.25
Domänen-Pfundbriefe	138.50	139	Unionbank	21	21.50	Allg. österr. Baugesell.	94.25	94.50	Augsburg	93.40	93.60
Böhmen	119.40	119.70	Bereinsbank	110	110.50	Nationalbank d. B.	85	85.50	Frankfurt	93.60	93.80
Galizien	95	96	Berlehrsbank	110	110.50	Ung. Bodencredit	90.25	90.40	Düsseldorf	54.80	54.90
Siebenbürgen	77.75	78.50	Metieu von Transport-Gesell.	140.50	141	in 38 Jahren	86.75	87.25	Hamburg	111.25	111.35
Ungarn	73.50	74.25	Großb.-Bahn	230.50	231	Lond. Bodencredit	187.50	188	Paris	43.95	44
Donau-Regulierungs-Lose	96.50	96.75	Karl-Ludwig-Bahn	538	540	Prioritäten	95	95.50	London	25	25
Ung. Eisenbahn-Ant.	96	97	Donau-Dampfschiff.-Gesell.	203.50	204	Elisabeth-B.-Westbahn	104	104.50	Paris	8	8
Wien. Prämien-Ant.	78	78.50	Elisabeth-B.-Bahn (Linz-Bodensee)	185	186	Ferd.-Nordb.-B.	104.25	104.50	London	8	8
Wien. Communal-Ant.	85.40	85.60	Strecke	204.50	205	Franz-Joseph-B.	101	101.20	Paris	65	65
Aktien von Banken.			Großb.-Bahn	141.25	141.25	Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	97	97.25	London	104	105
Anglo-Bank	77	79	Großb.-Bahn	204.50	205	St. Pölten	82.50	83	Paris	88	88
Bankverein	238.75	239	Anglo-Bank	144.50	145	St. Pölten	187.50	188	London	25	25
Bodencreditanstalt	154	156	Lemb.-Ezern.-Jossy-Bahn	441	444	St. Pölten	187.50	188	Paris	25	25
Creditanstalt, ungar.	154	156	Lloyd-Gesell.	186.50	187	Staatsbahn	187.50	188	London	25	25

Im Landesamt. Bilialspitale waren am 10. d. 20 Kranke, 1 zugewachsen; am 11. d. 20 Kranke, da 1 Kind gestorben ist; am 12. d. 20 Kranke, da 1 zugewachsen ist.
Stadtmagistrat Laibach, am 12. März 1874.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung“.)

Wien, 12. März. Das Abgeordnetenhaus nahm § 8 des Confessionsgesetzes nach längerer Debatte an, § 9 bis 13 debattlos in der Ausschusssitzung, 14 in der von Süß beauftragten Sitzung: „Die Bischöfe verwalten die inneren Kirchenangelegenheiten ihrer Diözesen nach den kirchlichen Vorschriften, soweit diese nicht Staatsgesetze widersprechen“; die §§ 15 und 16 in der Ausschusssitzung, 17 in der vom Unterrichtsminister befürworteten Regierungssitzung, 18 bis 22 nach den Ausschusssitzungen. Morgen Fortsetzung der Debatte. — Andrássy ist aus Pest eingetroffen.

Pest, 11. März. Der Kaiser genehmigte heute die Auflösung der osmanischen Festung. Das hauptstädtische Budget für 1874 weist ein Gesamtmittel von 5.642.971 Gulden und eine Bedeckung von 5.506.236 Gulden aus; das Deficit von 136.735 Gulden soll durch verschiedene Einnahmen der Kammerklasse eventuell durch ein Anlehen gedeckt werden.

Pest, 11. März. Alle Fractionen operieren gegen ein Coalitions-Ministerium, am meisten die Souper-Partei; die Intrigen werden aber nicht gelingen, da Tisza und Győrffy ihren Eintritt in das Cabinet sagten.

Berlin, 11. März. Der Kaiser hat das Gesetz über die obligatorische Civilehe sanctioniert.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 12. März.

Papier-Rente 69.60. — Silber-Rente 73.75. — 1860er Staat-Auktion 103.75. — Bank-Aktion 975. — Credit-Aktion 236.25. — London 111.82. — Silber 165. — R. f. Münz-Ducaten. — Napoleonsd'or 8.48 1/2.

Wien, 12. März. 2 Uhr. Schlusskurse: Credit 236 1/2, Anglo 140 1/2, Union 129 1/2, Francobank 40 1/2, Handelsbank 84 1/2, Vereinsbank 21 1/2, Hypothekenrentenbank 28, allgem. Baugesellschaft 85 1/2, wien. Baubank 91 1/2, Unionbaubank 47, Wechslerbaubank 17, Brigittenauer 15 1/2, Staatsbahn 322, London 155. Still.

Angekommene Fremde.

Am 12. März

Hotel Stadt Wien. Gabriel, Handelsmann, Bahn, und Graab, Kfm., Wien. — Prohens, Priv., Krautburg. — Euser, Priv., Rudolfswerth. — Moering, f. f. Mittmeier.

Hotel Elefant. Knoll, Kfm., Wien. — Lier und Lilar Antonia, Idria. — Mataj, Krautburg. — Philipp, Handelsreisender, Böhmen. — Heghal und Barou Rauter, Kleinbäsel.

Hotel Europa. Horn, Fabrikstr., Wien. — Koller, Salzburg. — Kram, Ingenieur, Triest.

Mohren. Milivoje, Nej., und Zivlovic, Graz. — Wagonik Geschäftsmann, Pittai.

Theater.

Hente: Zum Benefice des Kapellmeisters L. Friedrich Witt: Taunhäuser und Sängerkrieg auf Wartburg. Romanische Oper in 3 Akten von Wagner.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Witterung	10. d.	11. d.	12. d.	13. d.	14. d.	15. d.	16. d.	17. d.	18. d.	19. d.	20. d.

<tbl_r cells="12" ix="4" maxcspan

oder die andere derselben mit der Bildung eines Cabinets zu betrauen, sondern lediglich dem Wunsche des Ministerpräsidenten gemäß — die Ansichten der verschiedenen Parteien in Abhängigkeit über die faktische Lage zu vernehmen. Was weiter geschehen soll, darüber wird Se. Majestät erst später seine Entschließung fassen.

So weit reichen die bisher vorliegenden Thatsachen und es läßt sich daraus entnehmen, daß ein directer Schritt zur Lösung der Krise heute und morgen noch nicht zu erwarten ist. Selbstverständlich verhindert das nicht, daß Gesellschaften und Combinations wie die Pilze aus dem Boden schießen; allein daß dieselben angefischt der eben geschilderten Vorgänge auf Glaubwürdigkeit keinen Anspruch haben können, versteht sich wohl von selbst.

Wenn z. B. die „Ungarische Correspondenz“ bereits eine Ministerliste kennen will, nach welcher Szlavay Präsident bliebe, Szhezdy die Finanzen, Koloman Tisza das Innere, Julius Szapary die Communicationen, Desider Szilagyi die Justiz übernehmen, die Minister Zichy, Trefort und Szende aber ihre bisherigen Portefeuilles behalten würden, wenn das genannte Organ überdies befügt, daß die Ernennung Szilagys die Resignation des Staatssekretärs Eszmeghy zur Folge habe werde u. s. w., so mag von allen diesen Combinations ein oder der andere Punkt irgend einmal vielleicht wahr werden; für den Augenblick entbehren jedoch alle diese Vermuthungen der tatsächlichen Begründung. Nur noch eines hätten wir zu bemerken.

Die „Ungarische Correspondenz“ will vernommen haben, der König habe von der Liste der über die Situation zu vernehmenden Personen „den Namen des Grafen Vonhay gestrichen“. Wer die fragliche Liste verfaßt haben soll, ist der „Ungarischen Correspondenz“ nicht bekannt; sie meint jedoch Grund zu haben, die ganze Sache als eine lediglich Erfindung zu betrachten. Auch nach unseren Informationen ist die in der „Ungarischen Correspondenz“ erwähnte Version nicht richtig. So viel wir wissen, ist eine „Liste“ Sr. Majestät überhaupt von niemandem vorgelegt worden; Ministerpräsident Szlavay hat nur, wie bereits oben erwähnt, Sr. Majestät diejenigen Personen namhaft gemacht, welche im Abgeordnetenhaus einen größeren oder geringeren Anhang haben, daher über die Parteiverhältnisse Ausschluß zu geben in der Lage wären, und bei diesem Unlasse mußte vonseiten des Ministerpräsidenten selbstverständlich auch Graf Vonhay genannt werden; als indessen Sr. Majestät schließlich diejenigen Personen bezeichnete, welche er zu vernehmen wünschte, befand sich Graf Vonhay nicht unter diesen. Das ist der einfache Sachverhalt, soweit er uns bekannt ist und wir glauben nicht, daß derselbe zu irgend welchen politischen Folgerungen berechtigen würde.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 12. März.

„Hon“ berichtet über die Audienz Tiszias bei Sr. Majestät. Tisza trug über Wunsch Sr. Majestät seine Ansichten über die Lage vor. Er sagte, die Deakpartei sei durch die jetzige Erfahrung außer Stande, eine starke Regierung zu bilden. Eine solche müsse sich auf die beständige und intelligente Klasse, besonders auf das ungarische Element stützen. Gerade diese Klassen aber und diese Elemente hegen den Glauben, daß die verfehlte Ausstragung des staatsrechtlichen Ausgleichs die Hauptquelle aller Uebel sei. Aber diese Klassen und dieses

Mai trat auf und hatte eine rührende Szene mit der Ohnmächtigen, worin er seine unendliche Liebe zu der Heiserkeit erklärte. Hierzu kam aber der letzteren grausamer Vater, der ihm sehr übel mitspielen sollte, weil er die Liebe zu seiner Tochter nicht dulden wollte. Der Vater polterte aber sehr zäh und warf häufige Blicke der Rührung auf den Souffleur hinab. Endlich versummte der Vater ganz, denn von dem Drakel herauf erhob kein helfendes Wort. Mai blickte in die Höhle hinab und sah darin den Souffleur, der bei der Tafel auch das Seine gehabt, selig entschlummert. Der zornige Vater aber ging, nachdem er dem zärtlichen Liebhaber nichts mehr zu sagen wußte, mittin in der Szene grauhaarig ab. Mai suchte in einigen extemporierten Worten der Szene ein neues Ende anzuknüpfen, schrie einiges über die Grausamkeit der Väter, versicherte, daß seine treue Liebe noch mehrere Jahrhunderte in seiner Brust wohnen werde und so wurde sein Abgang mit großem Applaus begleitet.

Nun sollte rasch der Liebhaber der Ohnmächtigen auftreten, der Freund und Vertraute des liebenden Ritters Adelbert. Doch dieser kam gar nicht. Mai stürzte in die Garderothe und sand den Ritter Florimond im Winkel sitzen, wo er bitterlich weinte. Mai beschwore ihn mit großer Seelenangst, ihm den Grund seines Jammers zu verkünden und erfuhr endlich, daß es dem weinenden Ritter so eben eingefallen, wie sein Vater vor zehn Jahren gestorben und ihm keinen Helfer vermacht habe. Diese Betrachtung ging ihm jetzt in seiner, mehr vom Weinen als vom Weinen herrührenden Stimmung sehr zu Herzen und er wollte sich gar nicht darüber zufrieden geben.

Element seien der Ordnung am aufrichtigsten zugethan und wünschen deshalb die Abänderung nur auf konstitutionellem Wege. Es sei daher nötig, daß die Regierung, welche sich auf dieselben stützen will, schon bei ihrem ersten Auftreten erkläre, daß sie es für ihre Pflicht halten wird, seinerzeit Gesetzentwürfe wegen Abänderung des staatsrechtlichen Ausgleichs vorzulegen. Würde sie dies nicht thun, so überließe sie das Terrain den Agitationen der Ultras, was den Credit des Staates schädigen würde, während das Bewußtsein, daß die Möglichkeit einer konstitutionellen Abänderung der Gesetze gewahrt ist, die Gemüther beruhigen und der Regierung Kraft verleihen würde. — Die peterwardeiner Districtsgemeinde hat dem Feldzeugmeister Baron Mollinay anlässlich seiner Haltung in der Grenzwälderfrage zum wiederholten male eine Vertrauensadresse votiert.

Die Commissionen des deutschen Reichstages haben mit grossem Fleiß gearbeitet und nunmehr alle, mit Ausnahme der Militärcommission, ihre Arbeiten vollendet. Über das Preßgesetz wurde zwischen den Anschauungen der Regierung und jenen der Commission eine Einigung erzielt, so daß die Berathungen im Plenum keine lange Zeit in Anspruch nehmen dürfen; in der Militärcommission steht noch die Berathung über die ersten vier Paragraphen der Vorlage aus, welche die wichtigsten Bestimmungen die Friedenspräsenzstärke betreffend enthalten. Man glaubt, daß die Regierung das ganze Gesetz zurückziehen würde, falls in bezug auf diesen wichtigen Punkt ein Compromiß nicht zu stande kommen sollte. — Die Commission des Reichstages zur Berathung des Gesetzentwurfs über die neue Gewerbeordnung brachte die zweite Lesung der Vorlage und lehnte mit allen gegen vier Stimmen den Antrag auf Wiederherstellung des in erster Lesung verworfenen Paragraphen über die Bestrafung des Contractbruches ab. — Der Bundesrat beschloß einen Gesetzentwurf, wonach anstatt des bis zum 31. Dezember 1875 einzuhaltenden Staatspapiergeldes der Bundesstaaten Reichskassenscheine in Appoints zu 5, 25 und 50 Mark im Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark (40 Mill. Thaler) ausgegeben werden sollen. Die Papiergeldcirculation vermindert sich dadurch um 27 Mill. Thaler.

In der am 10. d. zu Versailles stattgefundenen Nationalversammlung stellte der Justizminister in Beantwortung einer Anfrage Belcastels die Vorlage eines Preßgesetzes nach den Ferien der Nationalversammlung in Aussicht. — In fortgesetzter Berathung der Steuer vorlagen zog die Nationalversammlung ein Amendement in Erwägung, nach welchem transitorische oder für die Ausfuhr bestimmte Warentransporte steuerfrei bleiben sollen. — Der Antrag auf Einhebung einer Gabelle wurde verworfen.

In Russland ist bekanntlich eine Reform der geistlichen Gerichtsbarkeit in der orthodoxen Kirche im Zuge. Die Gerichtsbarkeit über Vergehen und Verbrechen geistlicher Natur soll nemlich vom bischöflichen Amt getrennt und geistlichen Richtercollegien zugewiesen werden.

Wie die officielle Zeitung mittheilt, hat der schwedische Justizminister v. Adlercreutz dem König sein Entlassungsgebot eingereicht.

Tagesneuigkeiten.

(Vertrauensadresse.) Der wiener Gemeinderath nahm einstimmig und unter Beifall folgenden Antrag an: „Der Gemeinderath wolle im Namen der Wählervolkschaft und der immensen Mehrheit der verfassungstreuen

Endlich trat er, noch in Thränen gebadet auf und versicherte die Ohnmächtige unter vielem Schluchzen, daß er ein Muster der Tapferkeit sei und mit Freuden für sie und seinen Freund Adelbert in Kampf ziehen wolle. Nun hatte er aber sich so oft er die nassen Wangen gewischt, daß endlich die hochrothe Schminke dem schwarzgemalten Schnur- und Knebelbarte in einem wunderbaren Marmor verschlossen, so daß man gar nicht erkennen konnte, in welchem Lande eigentlich des Ritters Wiege gestanden.

Nun hatte die Heiserkeit mit Adelbert im Garten eine Zusammenkunft, und wahrhaft rührende Szene, doch ward diese blos zu einem Monologe, weil niemand, selbst ihr Ritter nicht ein Wort von all ihren Redensarten verstand. Der erste Act schloß mit dieser heiseren Szene und der Umarmung der Liebenden, laut von seiner, stumm von ihrer Seite, in einer Gruppe, die im Hintergrunde ein verabschiedeter Geliebter Emmas belauscht. Nun sollte die Gardine fallen, sie fiel auch, aber mit ihr zugleich die obere Walze, an der sie befestigt war, und die Liebenden mußten, so wie der Verabschiedete endlich abgehen, wenn sie nicht stundenlang in dieser Gruppe bleiben wollten.

Nun war guter Rath theuer! Wie sollte die Gardine wieder hinaus? Man mußte schnell Leitern und Zimmerleute holen. Man hämmerte eine Stunde lang, das Auditorium ward ungeduldig, die Schauspieler wollten nach Hause gehen, das Orchester konnte bei dem Lärm der Zimmerleute gar nicht spielen, Friß aber war in Verzweiflung.

(Fortsetzung folgt.)

Bewohner Wiens dem hohen Ministerium und dem hohen Abgeordnetenhouse den wärmsten Dank, das allgemeine, feste Vertrauen, sowie die vollste Vereinstimmung mit den Wünschen jedes Vaterlandsfreundes aussprechen.“

— (Parlamentarisches.) In der nächsten Sitzung des Herrenhauses wird der Herr Landesverteidigungsminister einen Gesetzentwurf über die l. l. Gendarmerie für die im Reichsrath vertretenen Königsreiche und Länder einbringen.

— (Erdbeben.) In Berndorf (Niederösterreich) wurde am 10. d. abends bald nach zehn Uhr ein starkes, zehn bis zwanzig Sekunden dauerndes Erdbeben mit wellenförmigen Schwingungen wahrgenommen. Auch ein schwaches, donnerartiges Geräusch wurde mehrfach gehört. — (Die Blättern in Graz) erhalten sich, wie die „Gr. Blg.“ meldet, seit Monaten immer auf gleicher Höhe, wiewohl im Vergleiche zum Vorjahr die Zahl der Erkrankten und Verstorbenen auf die Hälfte sich herabwiederte, da im abgelaufenen Monate der Stand der Kranken auf 156 und der Todesfälle auf 20 sich belief.

— (Raubmord.) In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde in der frequenteren Straße der Stadt Marburg in der Nähe der Burg eine Frauensperson mit Messerstichen getötet und ihrer Bartschaft beraubt. Der Mord mußte noch vor Mitternacht geschehen sein, denn die Ermordete wurde von Passanten bereits um ein Uhr nachts in einer großen Blutsache auf der Straße liegend aufgefunden.

— (Statistisches.) Die Bevölkerung Berlins hat sich in einem Raum von 300 Jahren von 12,000 auf über 900,000 Einwohner gehoben.

Locales.

Aus der Landesausschüttung vom 6. März 1874.

1. Die l. l. Finanzdirektion wird um die Verfügung ersucht, daß die Steuerämter Ausweise über alle Umlagen, welche auf die directen Steuern für Gemeinde erfordernde, für Bezirksschulen, für Straßen- und Schul erfordernde von denselben eingehoben werden, verfassen und vorlegen; ebenso werden alle Gemeindeämter aufgesondert, über Gemeinde-, Straßen- und Schul erfordernde Nachweise zu liefern und anzugeben, in welcher Weise von denselben diese Leistungen vertheilt und eingehoben werden. Diese Ausweise benötigt der Landesausschüttung zu dem Gebäude, um daraus zu ersehen, wie groß schon dermal die Gemeindeumlagen für den Gemeindehaushalt sind, damit die Bushalte auf die directen Steuern für Landes- und Grundentlastungserfordernisse nicht erhöht werden, wenn die Gemeinden schon für Gemeinde Zwecke mit Umlagen schwer belastet sind.

2. Für das Triennium 1874—1876 hat der Landesausschüttung den Prof. Dr. Valenta und den Spitalkapitularius Dr. Karl Bleiweis zu Mitgliedern des l. l. Landes Sanitätsrates gewählt, und dem l. l. Bezirksarzt Dr. Razpet in Adelsberg für seine Thätigkeit im Landes Sanitätsrat in der verflossenen dreijährigen Periode und für die Schonung des Landesfondes durch Verzichtung auf die Reisegebühren zu den Sitzungen des Landes Sanitätsrates den Dank ausgesprochen.

3. An das l. l. Ministerium wird der Antrag gestellt, daß den Gemeinden in dringenden Fällen auf unmittelbares Einschreiten des Gemeindevorstandes die Gendarmerie, Assistenz beigegeben werde.

4. Die Mitteilung des l. l. Landespräsidiums, daß Se. l. l. Apost. Majestät die vom kaisischen Landtag für das Jahr 1874 für den Landes- sowie für den Grundentlastungsfond beschlossene Umlage von je 20% auf die directen Steuern und von je 10% auf die Verzehrungssteuer zu sanctionieren geruht haben, wurde zur Kenntnis genommen.

Triest-Lack-Paunsdorf.

(Schluß.)

Herr Brühl ist der Meinung, man könne die widerstreitenden Ansichten in dem Vermittlungsantrage vereinigen, den er in dem Sinne stellt, daß man der belästigten Ansicht folgende substituiere: Im Hinblick auf die Stellung der Kammer dem Ministerium gegenüber.

Herr Daninos erklärt, er für seinen Theil habe nichts dagegen einzubwenden, daß man die von Herrn Brühl in Antrag gebrachten oder andere gleichgewichtige Ausdrücke in Anwendung bringe. Damit aber die Sachlage klar erscheine und es erfärlich werde, weshalb die Börsedeputation ihr Referat in der zur Lesung gebrachten Weise redigirt habe, glaubt er hervorheben zu müssen, daß, wie es jedermann bekannt, die Kammer zur Ausgabe der in Rede stehenden 10,000 Gulden ohne ministerielle Genehmigung nicht befugt gewesen wäre. Es wäre somit weder der Wille der Kammer noch jener des Handelsstandes hinreichend gewesen, um jenen im Voranschlag nicht vorgesehenen Aufwand zu rechtfertigen. Ist es nun einerseits unabdingbar, für eine Auslage eine Ermächtigung zu erlangen, so folgt doch andererseits daraus die moralische Verpflichtung, nachweisen zu müssen, man habe seinerseits alle mögliche gehabt, damit der gemachte Aufwand als für den angegebenen Zweck geschehen ausgewiesen erscheine. Da die ministerielle Ermächtigung nothwendig war, so muß die Kammer, wenn befragt, rechtfertigen können, warum die Bedingungen der Ermächtigung nicht erfüllt worden sind.

Herr Ritter v. Gurd glaubt, für die Kammer her-